Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

37 (6.2.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg. Sonntags 60 Pfg.
Postscheckkonto: Nr 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die 5gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 37. — Montag, den 6. Februar 1922 — Erstes Blatt.

Ausdehnung des Streiks auf Baden.

t. Karlsruhe, 5. Febr. In der Nacht zum Sonntag und zwar um 12 Uhr Mitternacht ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik zum Ausbruch gekommen. Wie wir hören, bezieht sich der Streik in der Hauptsache auf das Lokomotivpersonal; die Weichenwärter haben sich dem Streik angeschlossen, während das übrige Personal eine ruhige Haltung bewahrt. Die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe wird versuchen, die lebensnotwendigen Transporte durchzuführen. Dazu gehören Lebensmittelzüge, Milchzüge, Dienstkohlenzüge und die Aufrechterhaltung des Berufsverkehrs (Arbeiterzüge). Soweit möglich sollen auch die Postsendungen berücksichtigt werden.

*

Trotzdem die am Samstag vorliegenden Meldungen bereits ein Abflauen des Eisenbahnerstreiks in Norddeutschland erkennen ließen, ist Baden doch noch in der Nacht von Samstag auf Sonntag ganz überraschend in die Ausstandsbewegung hineingezogen worden. Die Art und Weise, wie dieser Streikbeschluß zustande gekommen ist, läßt, so wird uns von unterrichteter Seite geschrieben, allerdings erkennen, daß die Bewegung auf recht schwachen Füßen steht, und daß die Entscheidung selbst mit Mitteln erreicht wurde, die zum mindesten als höchst bedenklich bezeichnet werden müssen. So wurde der Beschluß zum Streik in Karlsruhe mit nur 36 gegen 35 Stimmen, also mit nur einer Stimme Mehrheit, gefaßt. Aber auch dieses Ergebnis wäre wohl kaum zustande gekommen, wenn nicht von gewisser führender, den Streik betreibender Seite in den Kreisen der Lokomotivführer die falsche Meldung verbreitet worden wäre, daß sich auch die Eisenbahner von Württemberg und Bayern entschlossen hätten, an dem Ausstand teilzunehmen. Nur zu spät sollen die Lokomotivführer erfahren haben, daß diese Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen war. Ferner soll man aber auch mit Erfolg versucht haben, dadurch auf die Karlsruher Entschließung einzuwirken, daß man behauptete, in Mannheim hätte sich eine Mehrheit für den Streik ausgesprochen. Das war aber ebenfalls nicht der Fall; in Mannheim war kein Streikbeschluß zustande gekommen. Es wäre unbedingt Pflicht der jetzt streikenden Eisenbahner gewesen, sich vor allem darüber aufs genaueste zu vergewissern, wie sich ihre Kollegen in den süddeutschen Nachbarländern zu der Streikfrage stellen. War es doch bis jetzt ein gutes Zeichen für den gesunden, ordnungsliebenden Sinn unserer süddeutschen Eisenbahnerschaft, daß sie sich frei zu halten wußte von dem von Berlin aus künstlich erhitzten Streikfieber. Durch ihren übereilten und auf falsche Informationen begründeten Beschluß haben die badischen Eisenbahner eine ungeheuer schwere Verantwortung auf sich genommen, denn die Folgen, die eine Stockung des wichtigsten Verkehrsmittels auf unser gesamtes wirtschaftliches Leben ausübt, sind, auch wenn der Streik nur wenige Tage dauern wird, kaum zu übersehen. Und diese Folgen werden alle Bevölkerungsschichten unseres Landes in empfindlicher Weise zu spüren bekommen, und zwar im ganz besonderen Maße die minderbemittelten Kreise und die Arbeiterschaft. Wenn es der Regierung auch, wie zu erwarten steht, gelingen sollte, die „lebenswichtigen Transporte" durch Einrichtung eines Notfahrbetriebes aufrecht zu erhalten, so dürfte doch noch die Frage sein, ob es möglich sein wird, die auswärts wohnende Arbeiterschaft in vollem Umfange an ihre Arbeitsstätte zu bringen, zumal da zugleich noch für Lebensmittel und Kohlentransporte in dieser strengen Winterzeit in erheblichem Maße gesorgt werden muß. Wie weit dieser Notfahrbetrieb durchgeführt werden kann, läßt sich im Augenblick noch kaum übersehen. Auf jeden Fall ist aber sicher, daß die sogenannten Berufszüge vorläufig nicht gefahren werden können. Das heißt also, daß der gesamte sonstige Güterzugsverkehr und die Personenzüge einstweilen ausfallen. Wie verlautet, hat die Regierung zum Schutze der Betriebseinrichtungen eine Besetzung und Schließung der Bahnhofsanlagen angeordnet. Durch diese Maßnahmen soll der Gefahr begegnet werden, daß radikale Elemente, die diesen Streik zu ihren Gunsten benutzen wollen, Beschädigungen oder Störungen an den Bahnanlagen vornehmen. Die Absperrung kann natürlich, so lange keine Personenzüge fahren, keine Behinderung für das reisende Publikum bedeuten.

Die für den Streik eingetretenen Lokomotivführer scheinen sich aber auch nicht klar darüber geworden zu sein, wie leicht eine solche Bewegung, die wie kaum eine andere unser gesamtes Volksleben erschüttert, auch politisch in gefährlicher Weise ausgenutzt werden kann. Daß hierzu schon der Versuch gemacht worden ist, zeigt eine Ordre, die ein Führer der kommunistischen Bewegung von Mannheim aus ins Land gegeben hat und in der die Anhänger dieser politischen Richtung zu Demonstrationen aufgefordert werden. Wenn die badischen Eisenbahner sich auch noch so entschieden gegen diese Bundesgenossen, die ihrer ohnehin schon stark belasteten Ausstandsbewegung, ein sehr merkwürdiges Gepräge geben, verwahren sollten, so trifft sie doch für diese politischen Auswüchse mit die Verantwortung. In einer politisch so erregten Zeit wie der heutigen muß eine Organisation von der Größe und der Bedeutung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten auch solche Möglichkeiten bei der Fassung ihrer Entschließungen berücksichtigen. Tut sie es nicht, so handelt sie zum mindesten fahrlässig.

Ein Erlaß des Ministeriums des Innern zum Eisenbahnerstreik.

t. **Karlsruhe**, 5. Febr. Die Presseabteilung der Bad. Regierung teilt mit:

Das Ministerium des Innern hat soeben folgende Bekanntmachung erlassen, die in den größeren Städten angeschlagen wird. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Ein Teil der badischen Eisenbahner hat sich dem Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter angeschlossen. Damit ist der regelmäßige Verkehr der Eisenbahnen auch in Baden unterbunden. Aufgabe der Staatsverwaltung ist es, dafür zu sorgen, daß die lebenswichtigen Transporte: Milch- und Lebensmittelzüge, Arbeiterfahrgelegenheit und Kohlentransporte ungehindert durchgeführt werden müßten. Zu diesem Zweck wird ein Notfahrbetrieb eingerichtet.

Zum Schutz dieses Betriebs werden die großen Bahnhöfe des Landes für den allgemeinen Verkehr gesperrt.

Es wird ersucht, sich den Anordnungen der Polizeiorgane willig zu fügen.

Karlsruhe, 5. Februar 1922.

Badisches Ministerum des Innern.
gez.: Remmele.

Die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen sind in vollem Umfang getroffen worden.

Die Verhandlungen mit den badischen Eisenbahnern.

Ueber die Verhandlungen zwischen dem bad. Staatsministerium und der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter, Landesgruppe Baden, wird von zuständiger Seite Folgendes mitgeteilt:

Im Laufe des Samstags Nachmittag fanden verschiedene telephonische Besprechungen zwischen dem Vorstand der Landesgruppe und dem Staatsministerium statt. Auf Grund dieser letzten Besprechungen schien es zunächst möglich zu sein, den Anschluß des badischen Personals an den Streik zu verhindern. Samstag Nacht 10 Uhr überreichte eine Abordnung des Vorstandes dem Staatspräsidenten eine Entschließung der württembergischen und badischen Landesgruppe, die schon durch den württembergischen Staatspräsidenten der Reichsregierung zur Kenntnisnahme übermittelt war. Die Abordnung stellte auch an den bad. Staatspräsidenten das gleiche Ersuchen. Es handelt sich darum, die Reichsregierung zu ersuchen, die Reichsgewerkschaft zuzulassen zu den Verhandlungen, die zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen stattfinden. (D. Red.) Während der Besprechung erfolgte die telephonische Nachricht, daß in Mannheim und Karlsruhe der Streik ausgebrochen sei. Da der Vorstand der Landesgruppe erklärte, sich trotzdem noch eine gute Wirkung davon versprechen zu können, übermittelte der badische Staatspräsident der Reichskanzlei telephonisch die Entschließung, ohne zu ihr Stellung zu nehmen. Der Staatspräsident wies den Vorstand auf die in Berlin stattfindenden aussichtsreichen Verhandlungen und auch darauf hin, daß die Beamten nicht erwarten könnten, daß die Reichsregierung oder die badische Regierung von der als richtig erkannten Linie abweichen würden. Das Personal müsse die ganze Verantwortung für den unüberlegten Schritt übernehmen. Es sei um so unverständlicher, daß gerade im jetzigen Augenblick ein Teil der badischen Eisenbahner sich der Streikparole anschließe, wo der Streik im Norden abflaue und die gesamten Spitzenverbände ihn verurteilten. Wenn der Teilstreik in Mannheim und Karlsruhe zu einem allgemeinen Streik im ganzen Lande würde, so sei der badischen Regierung die Grundlage zu einer vermittelnden Tätigkeit entzogen, weil sie der Stellung der Reichsregierung beitrete. Nachträglich ergab sich, daß ein Mitglied der Abordnung auch Mitglied des Streikkomitees ist.

Die Lage um 9 Uhr vormittags.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß in Lauda die Lokomotivführer ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Streik stößt nirgends auf Sympathien. Es handelt sich hier in Baden ausschließlich um einen Streik der Lokomotivführer, die in eine höhere Besoldungsklasse eingestuft werden wollen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß hinter der ganzen Bewegung die Kommunisten als treibende Kraft stecken.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zum badischen Eisenbahnerstreik

Durch das jeglicher Gewerkschaftsdisziplin hohnsprechende Vorgehen der in der Reichsgewerkschaft organisierten Lokomotivführer ist nunmehr auch in Baden der Eisenbahnerstreik proklamiert worden. Der Beschluß zum Streik wurde bezeichnenderweise mit nur 36 gegen 35 Stimmen gefaßt. Diese Abstimmung läßt klar erkennen, daß eine erhebliche Anzahl von Führern der Reichsgewerkschaft den Streik als ein Unrecht empfindet. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände der deutschen Arbeitnehmerschaft Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring und selbst der Deutsche Beamtenbund, dem die Reichsgewerkschaft angeschlossen ist, haben den allen gewerkschaftl. Regeln widersprechenden Streik entschieden verurteilt, weil dieser Streik das ganze deutsche Volk, insbesondere die ärmeren Schichten auf das empfindlichste schädigt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet unter diesen Umständen, daß alle ihm angeschlossenen Organisationen und deren Mitglieder sich von der Beteiligung am Streik fernhalten, da dieser neben der Allgemeinheit auch das Eisenbahnpersonal in der schwersten Weise schädigt.

Deutscher Gewerkschaftsbund. Landeskartell der Christl. Gewerkschaft Baden.
J. A.: Stockert.
Gesamtverb. deutscher Angestelltengewerkschaften Badens.
J. A.: Drefahl.
Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften Badens.
J. A.: Franck.

Kein Streik in Württemberg und Bayern.

Stuttgart, 6. Febr. Die württembergischen und bayerischen Mitglieder der streikenden Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten lehnen es nach wie vor ab, der Berliner Streikparole Folge zu leisten, vor allem weil man hinter der Berliner Bewegung die Machenschaften von Hetzern vermutet, die ganz andere Ziele als Besserung der Besoldungsvorlage verfolgen. Die gestrige Entwicklung in Berlin, wo die Kommunisten nun offen zum Generalstreik hetzen, gibt der Vermutung volle Berechtigung. Die Nachricht, daß in Baden gestreikt wird, hat hier keine Aenderung der ruhigen Haltung hervorgerufen.

Die Stellung der Reichsregierung.

Berlin, 6. Febr. Von zuständiger Seite wird gemeldet: In der Reichskanzlei fanden gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen statt, zu denen die Mitglieder des Kabinetts und die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien erschienen waren. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Lage, wenngleich durch das Zusammentreffen der beiden Streiks in Berlin für die Berliner Bevölkerung besonders mißliche Verhältnisse geschaffen seien, nach den großen Gesichtspunkten der gesamten Politik, insbesondere der gesamten Situation Deutschlands gegenüber dem Auslande und der Weltwirtschaft beurteilt werden müsse. Man war sich einig, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber den Streikenden unverändert sei.

Genua und der Eisenbahnerstreik.

t. Berlin, 5. Febr. In den Ausführungen der Besprechungen der Spitzenorganisationen erklärte Reichskanzler Dr. Wirth, wenn die Regierung auch nur ein Minimum von Schwäche zeige, sei sie erledigt; sie könne dann nicht nach Genua gehen.

*

Mainz, 6. Febr. Die Eisenbahndirektion Mainz hat auf Anordnung der Interalliierten Kommission den Erlaß des Reichspräsidenten, der den Streik der Eisenbahnbeamten unter schwere Strafe stellt, zurückziehen müssen. Die Stimmung im Mainzer Bezirk ist ruhig.

Das „Abflauen" des Verkehrsstreiks.

Als wir in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag auf Grund der aus dem Reich vorliegenden Meldungen unter der obigen Ueberschrift die Lage wiederzugeben versuchten, war uns bereits bekannt, daß Streikverhandlungen auch hier in Baden mit der Regierung eingeleitet waren und die Lage als ernst angesehen wurde. Man sah noch nicht klar. Die Zuversicht, die wir in die Einsicht und ruhige Abwägung des badischen Bahnpersonals bezüglich der Folgen bei einer Ausdehnung des Streiks auch auf Baden hegten, sollte scharf präzisiert werden. Auch glaubten wir, daß unter dem Eindruck, der Meldungen aus dem Reich, die ja bis zur letzten Stunde vor Redaktionsschluß günstiger lauteten, selbst unbesonnene Elemente sich selbst noch einmal Rechenschaft über die Folgenschwere eines Streikbeitritts abfordern würden. Das alles ist nicht geschehen. Wie wir bereits in den gestrigen Morgenstunden durch Maueranschlag auf Grund amtlicher Orientierung bekannt gaben, hat das Lokomotiv- und Weichenpersonal sich der Streikbewegung angeschlossen. Damit hat auch das Musterländle gezeigt, daß es nicht nur Schnaps zu brennen versteht, sondern sich auch sonst den modernsten Errungenschaften anzupassen weiß. Das ist im höchsten Grade bedauerlich und zu verurteilen. Mit scharfer Ablehnung stehen nicht nur weite Kreise der Bevölkerung aller Berufsschichten der neu geschaffenen Lage gegenüber, der neueste Schritt findet auch in den Reihen des Bahnpersonals selbst, soweit es sich strikte Zurückhaltung auferlegt, eine durchaus verurteilende Stellungnahme.

Wir stehen mitten im Winter. Nach langer Trockenheit und einem beispiellos dürren Sommer hatten wir endlich Regen und Schnee bekommen, die, soweit sie sich in gewünschten Grenzen hielten, von größter Notwendigkeit für die allgemeine Verkehrs- und Wirtschaftslage waren. Kaum hatte der Himmel aber ein Einsehen gehabt, da begann es im Volke zu kriseln. Man benutzte die außenpolitische Gebundenheit der Regierung, man nutzte ihre ganze Machtlosigkeit und ihre dadurch in Mitleidenschaft gezogene Autorität um sie nun, da man nach außen soeben erst etwas freie Hand bekommen hatte, im Innern vor Fragen von höchstem Ernst zu stellen. Vergeblich sucht man nach Gründen der Erklärung und Rechtfertigung. Der Beschluß des in den Streik getretenen Bahnpersonals ist aber durch nichts zu entschuldigen. Und während nun die Lokomotiven erkalten und die Weichen einfrieren, schickt uns — um das Elend voll zu machen — der Winter erneut und unvermittelt heftigste Kälte und außergewöhnliche Schneemengen, setzt er die Wasserwege außer Betrieb und gestaltet dadurch das Schicksal weiter Kreise unseres Volkes zu einem für die Lebenshaltung in hohem Maße gefährdenden.

Wir sind gewiß, daß auch die badische Regierung alle Versuche, das Schlimmste zu verhindern, bis zum letzten erschöpft haben wird und erkennen das Bestreben an, zu retten, was momentan zu retten ist, indem man die lebenswichtigen Transporte zu sichern und durchzuführen bestrebt ist. Möge beides gelingen und von Sabotageakten bewahrt bleiben, wie wir sie bereits aus dem Norden melden konnten.

Die so plötzlich geschaffene Lage zeigt uns aber auch mit erschreckender Deutlichkeit, wohin wir gekommen sind. Wir erkennen, daß ein Staat ohne Macht kein Staat ist, weil er ohne eine solche den Aufgaben — Schutz und Sicherung der Interessen der Allgemeinheit der Staatsbürger — einfach nicht gewachsen ist. Mit zunehmender Besorgnis sehen wir, daß die freie Bahn, die wir schaffen wollten, nicht nur dem Tüchtigen freigegeben und geöffnet wurde, seitdem die Begriffe über staatsbürgerliche Selbstdisziplin, Rücksicht auf das Staats- und Gemeinwohl und über das Treueverhältnis zu Staat und Volksganzem so stark in Verwirrung geraten sind.

Der Regierung Wirths und auch den Regierungen der Einzelstaaten sind durch die neugeschaffene Lage ernste Schwierigkeiten erwachsen. Es scheint uns nach allem, was wir bisher über die Bewegung vor und hinter den Kulissen in Erfahrung brachten, auch über die wahren und tieferwiegenden Gründe des Streikausbruches — daß die Reichsregierung sich seit dem Einsetzen der „Schwingungen" zu sehr und fast ausschließlich mit der Außenpolitik beschäftigt hat und daß sie den Ernst der Forderungen wenn auch nicht verkannt, so doch unterstützt und nicht mit dem erforderlichen Interesse behandelt hat. Vielleicht daß die restlose Klarstellung auch hier ebenso zu den Aufgaben gehört hätte, die, ebenso wie der Steuerkompromiß und all das andere, zu dem gleichen Termin zu erledigen waren, an dem wir mit dem 27. Januar der Entente Rede stehen mußten. Diese hat in richtiger Erkenntnis ihrer Lage und im Vollgefühl ihrer Macht die Mittel angedroht, die ihr die sichere Durchführung des Betriebs gestatteten, wo sie selbst Herr im Hause ist. Kriegsgerichte haben immer einen bitteren Beigeschmack, aber sie haben das Gute, daß sie in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

den von ihnen beherrschten Landstrichen die planmäßige Weiterführung des gesamten bürgerlichen und öffentlichen Lebens gewährleisten.

So werden denn auch angesichts dieser ernsten und mit unverantwortlichem Leichtsinn geschaffenen Lage unsere Brüder in den besetzten Gebieten mit mitleidigem Lächeln zu uns herübersehen und sich des oft geäußerten Gedankens erinnern, daß auch bei uns manches anderes sein würde, wenn einmal die harte Faust des Siegers sich auch auf weitere deutsche Lande legte. Denken wir daran!

Mögen vor Allem die Irregeleiteten sich schnellstens auf Ihre Pflichten besinnen und zur Arbeit zurückzukehren. Es wird das nötig sein, nicht nur aus realpolitischen Gründen, sondern weil auch sonst Wertvolles, und nicht das Geringste — der Rest der Sympathien ihrer Mitbürger — auf dem Spiel steht. Um ihn geht es auch in dieser Stunde.

Man spricht soviel von der äußeren politischen Wirkung des Streikes. Möchte er doch auch das bewirken, daß der Entente die Besinnung kommt. Möge ihr die neue unglückselige Bewegung in unserem Volkskörper ein neuer Beweis dafür sein, daß auch ein Vertrag von Versailles ein schlecht angelegtes Kapital sein kann, wenn man durch wahnsinnige Blutsaugemethoden ein 60 Millionen Volk zur Verzweiflung treibt und gleichzeitig dieses Volk der völligen — auch inneren — Wertlosigkeit ausliefert.

Polnische Begehrlichkeit, Danziger Hoffnung.

(Von unserem Danziger Vertreter.)

Man hat in Genf des langen und breiten über die strittigen Danziger Fragen gesprochen. Entschieden ist nichts. Nur eines, was die Freistaatler erst in zweiter Linie interessierte wurde festgelegt: General Hakings Mandat als Oberkommissar ist, wie schon kurz berichtet, um 1 Jahr verlängert. Sir Haking war dessen anscheinend recht ungewiß. Er fürchtete, vielleicht abgesägt zu werden, und ließ deshalb durch die Presse mitteilen, er sehne sich zurück nach dem Soldatenrock und wolle für England wieder Armeedienst tun. Nachdem man ihm aber im Völkerbundrat das Vertrauen ausgesprochen und seinen Posten für ein weiteres Jahr übertragen hat, hegt der eben noch amtsmüde Herr keinerlei Rücktrittsabsichten mehr. Wenigstens nicht vor Anfang Januar 1923, wann's sich von neuem für Haking um Oberkommissar sein oder nicht sein handelt.

Die Danziger würden ihm keine Träne nachweinen. Wie er bei seinem Eintreffen in Danzig im vorigen Winter zunächst sich dadurch unliebsam bemerkbar machte, daß er das Danziger Parlament, den Volkstag, aus dem Generalkommando hinauswarf, ist unvergessen. Er beanspruchte das schönste Gebäude der Stadt für sich und seine Gastereien. Die meisten seiner Entscheidungen ferner sind zu Gunsten der Polen ausgefallen. Jetzt verfügen sie sogar über die Danziger Vorortbahnen, und gegen die polnischen Wirtschaftsumtriebe wider den Freistaat, die gelegentlichen Aushungerungsversuche, um Danzig für die polnischen anmaßenden Wünsche gefügig zu machen, wandte sich der englische Herr auch niemals ernstlich. Sein freundliches Lächeln, daß ihm eigen, zeigt: er ist mit sich zufrieden. Die Freistaatbürger haben jedoch viel weniger Ursache, sich seiner zu freuen.

Die brennende Frage, welche Rechte den Polen im Danziger Hafen zustehen, ist in Genf wieder vertagt worden. Zum Nachteil des Freistaates; denn so bleibt bis zur nächsten Session des Völkerbundrates alles beim alten. Die Polen werden weiter durch die rücksichtslose Art ihre Munitionstransporte Danzig gefährden und die Stimmung der Alliierten und Assoziierten für Warschaus Ziele wird inzwischen sicherlich nicht ungünstiger geworden sein. Die Angelegenheit des Weichselaufes im Freistaate ist jedenfalls in Genf in einer Weise behandelt worden, die zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Der Oberkommissar hatte entschieden, daß der Unterlauf der Weichsel im Danziger Gebiet dem Hafenausschuß, dieser eigenartigen Schöpfung des Völkerbundes unterstehen solle. Der Ausschuß setzt sich bekanntlich zu einer Hälfte aus Danzigern, zur andern aus polnischen Vertretern zusammen, während sein neutraler Präsident, ein Schweizer, den Ausschlag gibt. Doch die Polen wollen den Freistaat auch keinen indirekten Einfluß auf den unteren Weichselauf ausüben lassen, sondern allein darüber verfügen. Deshalb verlangen sie die Kontrolle des Stromes bis zur Mündung kurzerhand für sich.

Nach dem Wortlaut der Konvention ist die Warschauer Regierung mit dieser Forderung ganz und gar im Unrecht, aber in Genf gewann man es nicht über sich, die verzogenen Warschauer Lieblinge einmal in ihre Schranken zurückzuweisen. Man riet den Danziger Vertreteren zu erneuten Verhandlungen, die bei der Sachlage durchaus überflüssig sind. Der Freistaatspräsident ging darauf ein, nur um des „Geistes der Versöhnlichkeit" willen. Angeblich will der Danziger Senat trotzdem fest auf seinem Standpunkt verharren. Hoffen wir's. Was dann freilich die nochmaligen Besprechungen überhaupt für einen Zweck haben sollen, ist nicht leicht ersichtlich. Die Polen werden das Entgegenkommen auf ihre Weise auffassen und den „Geist der Versöhnlichkeit" wohl soweit auszunutzen wissen, daß für sie letzten Endes wieder ein Gewinn, für den Freistaat ein Verlust daraus erwächst. Wie es immer gewesen ist!

Einstweilen richten sich die polnischen Herren in der heißbegehrten Hansastadt immer häuslicher ein. Danzigs Verfassungsbestimmungen wurden unter dem Drucke des Völkerbundes so dehnbar, daß auf ihrer Grundlage die lieben Polen so ziemlich alles beanspruchen. Der polnisch sprechende Volksteil des Freistaates hat ein Anrecht auf freie volkstümliche Entwickelung, insbesondere den Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht. Daraufhin haben die Polen sich jetzt die Genehmigung zur Begründung eines polnischen Gymnasiums in Danzig verschafft, obgleich für ein solches nicht das geringste Bedürfnis vorhanden ist. Die Kinder der hier weilenden Polen beherrschen hinreichend das Deutsche, um auf den bestehenden Schulen Unterricht zu finden. Das polnische Gymnasium soll also lediglich eines der vielen Mittel sein, mit deren Gesamtheit man die Polonisierung des Freistaates früher oder später zu erreichen gedenkt. Der Unterricht an dem neuem Gymnasium wird in polnischer Sprache erfolgen. Dafür hat der Danziger Senat die Bedingung gestellt, daß es nur Kinder polnischer Abstammung besuchen dürfen. Andere sollen nicht aufgenommen werden. Nun, nach Warschauer Ansicht sind alle ehemaligen Westpreußen polnischer Abstammung und nur schnöde germanisiert. Da sind die Vorbehalte des Senats Zwirnfäden, über die ein unentwegter Neupole nicht stolpert.

Wir vertrauen indes darauf, daß wohl viele Wege nach Rom führen mögen, aber keiner zur Entdeutschung Danzigs. Diese Zuversicht starkten die in nationalster Stimmung begangenen mehrfachen imposanten Reichsgründungsfeiern in der Freien Stadt. Das galt insbesondere von dem großen Kommerse des „Hochschulringes deutscher Art" in dem Riesensaal der Danziger Sporthalle. Da saßen alte Korpsstudenten einträchtig neben Kommilitonen der nichtschlagenden katholischen Verbindungen, was früher schier unmöglich war. Es gab nur einen Gedanken: Wir sind deutsch und wollen mithelfen zur Wiedergesundung deutschen Wesens, damit einst das Vaterland aus schmählicher Knechtschaft zu neuer Kraft und Freiheit aufersteht.

Verschiedene Drahtmeldungen

Schlimme Finanzlage der Stadt Berlin.

Berlin, 5. Febr. Der Magistrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Finanzlage der Stadt. Durch das andauernde Anwachsen der Ausgaben und die Weigerung der Tariferhöhung für die städtischen Werke in der letzten Stadtverordnetenversammlung kann die Fortführung der städtischen Wirtschaft nur durch einschneidende Maßnahmen sicher gestellt werden. Der Magistrat wird am Mittwoch über die einzelnen Vorschläge im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt beraten.

Aufruf der deutschen Kardinäle für Rußland.

Berlin, 4. Febr. Laut „Germania" veröffentlichen die Kardinäle Bertram, Fürstbischof von Breslau, und Schulte, Erzbischof von Köln, einen Aufruf an die Katholiken Deutschlands zur Hilfeleistung für das hungernde Rußland. Die eingehenden Spenden sollen als Totenopfer zum Gedächtnis des verstorbenen Papstes seinem Nachfolger überreicht werden.

Amerikanische Urteile.

Neuyork, 4. Febr. Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, erklärte in einer Rede, die sich mit der europäischen Lage beschäftigte, er bedauere, daß Frankreich eine Taktik befolge, die er als napoleonische Idee kennzeichnete. Er glaube, daß Poincaré und seine Anhänger unrecht handelten, indem sie auf Deutschland wegen der Reparationen einen so starken Druck ausübten. Es sei völlig klar, daß Deutschland eine so schwere Last nicht tragen könne.

General Nollet und die Gewerkschaften.

w. **Paris**, 5. Febr. Ein Bericht des Generals Nollet vom 24. Dezember 1921 über die Ergebnisse der Kontrollmaßnahmen in Deutschland besagt, in materieller Hinsicht habe die Entwaffnung weitere Fortschritte gemacht, aber die Tatsache, daß die Gewerkschaften gegen die Kontrollkommission Partei ergriffen hätten sei bezeichnend für die Wandlung in ihrer Haltung, welche die Maßnahme für die Entwaffnung Deutschlands gefährde.

Die Papstwahl.

w. **Rom**, 5. Febr. Gestern nachmittag 5 Uhr 10 Min. wurde ein schwärzlicher Rauch sichtbar, ein Zeichen, daß die Wahl des Papstes noch nicht erfolgt ist.

Zum Eisenbahnerstreik.

Sozialdemokratie und Beamtenstreik.

Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Artikel, dessen Stellungnahme zum Beamtenstreik sehr bemerkenswert ist. Der Verfasser nimmt den Ausgangspunkt für seine Betrachtung von dem Massenbegriff im Beamtentum, der im Obrigkeitsstaate noch nicht im vollen Maße erkannt worden sei. Erst die neue Staatsform sei ihm gerecht geworden, und nun gehe den Beamtengewerkschaften die Entwicklung zu langsam; sie wollten Gräben überspringen, um zu ihren heißersehnten Zielen zu gelangen, die die Arbeitergewerkschaften in jahrzehntelanger Entwicklung erreicht hätten. Allein, eine innere Uebereinstimmung mit der Gewerkschaftsbewegung des freien Arbeitnehmers herbeiführen zu wollen, sei für die Beamten ein verfehltes Beginnen, vornehmlich aus Gründen der Staatsidee. Denn auch heute habe das Beamtentum nicht aufgehört, Träger des Staatsgedankens zu sein. Und auch wenn die Organe des Staates es vermeintlich oder wirklich verabsäumten, die Pflicht der Gesamtheit den Beamten gegenüber zu erfüllen, so nehme den letzteren niemand ihre staatspolitische Verantwortung für ihr Vorgehen ab. Ja auch bei einem erfolgreichen Streik müßte die Staatsidee eine Niederlage erleiden; staatspolitische Erwägungen müßten eben gewerkschaftspolitischen Gründen voranstehen. Undemokratisch sei es, wenn die Minderheit — auch nur für kurze Zeit — die Gesamtheit unter diktatorischen Zwang stelle. Damit würde auf die Regierung ein Druck ausgeübt, die sich nun davon nicht zurückhalten lassen werde, der Beamtengewerkschaftsbewegung jeden freiheitlichen Atem zu nehmen. Die an sich schon bedenkliche Mächtegruppierung — auf der einen Seite Regierung, Parlament und Oeffentlichkeit, auf der andern die Beamtenschaft — biete wenig Aussichten. So müßte allein schon die Wertung des staatspolitischen Gedankens ausschlaggebend sein für die Beantwortung der Beamtenstreikfrage, abgesehen von dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums oder der außen- und innerpolitischen Lage. Es sei ein Erfordernis der Staatsklugkeit der Regierung, die wankende Vertrauensgrundlage der Beamten zu festigen, ein Ziel, das nur auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen sei.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband streikt nicht.

w. **Berlin**, 5. Febr. Der Allgemeine Eisenbahnerverband erklärt die von den Funktionärer der Reichsgewerkschaft verbreitete Nachricht, daß der Verband nunmehr ebenfalls den Streik erklärt habe, für vollkommen unrichtig. Er sei an den Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium zur Regelung der Teuerungszuschüsse beteiligt. Ein Abbruch der Verhandlungen würde die wirtschaftliche Aufbesserung gerade der unteren Schichten des Eisenbahnpersonals ernstlich verzögern. Infolgedessen erwartet der Verband von seinen Mitgliedern, daß sie ihren regelmäßigen Dienst weiter tun.

Berliner Einigungsverhandlungen.

Berlin, 6. Febr. Berliner Blätter melden, gestrigen Besprechungen, es habe sich ergeben, daß die Regierung nach wie vor direkte Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ablehne. Im Laufe des Sonntags hatten die sozialistischen Führer Hermann Müller und Wels, die unabhängigen Führer Dittmar und Rosenfeld mit dem Reichskanzler Besprechungen über die Möglichkeit, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft nicht doch aufnehmen könne. — Die Streikleitung für die Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung eine Erklärung der Regierung, daß Maßregelungen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen, und daß nach dem Streik sofort Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Streikleitung der Eisenbahner verlangt, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für die Privatarbeiter und dann erst für die Staatsbediensteten und Beamten fertig stellen soll. Für den Streikabbruch stellt die Streikleitung die Bedingung, daß der Verkehrsminister sämtliche den Direktionen zugegangene Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückziehe.

Der Eisenbahnnotverkehr ist nach dem im Reichsverkehrsministerium ausgearbeiteten Plan durchgeführt.

Die Regierung wird weiter in enger Fühlungnahme mit den politischen Parteien und den Spitzenorganisationen bleiben. Die in Gang befindlichen Verhandlungen über Besoldungsfragen mit den Spitzenverbänden der Beamten und Arbeiter und Angestellten werden Montag vormittag 10 Uhr wieder in der Reichskanzlei ihre Fortsetzung finden.

Scharfschwerdt entlassen.

w. **Berlin**, 5. Febr. Der Reservelokomotivführer Scharfschwerdt, einer der Hauptführer der Reichsgewerkschaft, ist mit einigen anderen Führern aus seinem Dienstverhältnis entlassen worden. Scharfschwerdt war auf Kündigung angestellter Beamter.

Folgen der Verkehrsstockung.

w. **Erfurt**, 5. Febr. Die Straßenbahnen haben infolge Kohlenmangel wegen des Eisenbahnerstreiks gestern ihren Betrieb eingestellt.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner

schreibt uns: Der von den Lokomotivführern mit 36 gegen 35 Stimmen eingeleitete Eisenbahnerstreik wird von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner entsprechend der Weisung der Spitzenverbände abgelehnt. Die Mitglieder werden angewiesen, nach wie vor ihren Dienst zu versehen. Die Großorganisation steht mit der Regierung seit einiger Zeit in Verhandlung mit dem Zweck der Regelung aller Differenzpunkte.

Reichsgewerkschaft und Beamtenbund.

Berlin, 5. Febr. Die Streikleitung der Reichsgewerkschaft hat die Vermittlungsaktion des Beamtenbundes zurückgewiesen und soll nach Berliner Berichten die Verbindung mit dem Beamtenbund überhaupt abgebrochen haben. Die Streikenden suchen Stütze bei der radikalen Arbeiterschaft.

Brief vom Presseball.

Nun taten Sie, verehrte Frau, doch recht daran, zu Hause zu bleiben. Nicht zwar, als ob Sie sich nicht ausgezeichnet auf dem Karlsruher Pressefest vergnügt hatten, sondern vielmehr, weil Ihre Befürchtung leider eintraf und Sie wegen des so überaus zeitgemäßen und harmlosen Eisenbahnerstreiks nun auf unbestimmte Zeit hier festsäßen. So muß ich mich denn zum Brief bequemen, obwohl er höchstens eine Federskizze statt ein ausgemaltes Bild bringen kann. Allgemein gesprochen, ist es noch gerade so, wie es zu „unserer Zeit" schon war und bleiben wird: es ist immer la même chose und das Vergnügen kommt entweder von selbst, durch sich und in sich und kann nicht erzwungen werden, selbst wenn so gescheite Menschen wie Zeitungsleute das versuchten, oder der Abend ist verloren. Als Ihr aufrichtiger Verehrer muß ich zunächst allerdings sagen, daß ohne Ihre Anwesenheit der „Abend am Bosporus" für mich persönlich natürlich unvollkommen war. Selbstverständlich nicht so für die 3000 Andern. Es wurden wie stets die bekannten Abendfreundschaften geschlossen; dank der leicht karnevalistischen Tönung gab es jene heiteren Augenblicksbindungen, deren Erlebnisse und Namen man schon am andern Morgen nicht mehr recht auseinander halten kann. Kurz: die Stimmung gab sich fröhlich, harmlos ausgelassen und bis zum Schluß harmonisch. Das unschädliche Narkotikum eines sehr unterhaltenden und tanzfrohen Ballabends tat seine Heilwirkung: man vergaß für ein paar Stunden den zwangvollen Plunder von Gegenwart und die Ohnmacht gegenüber einer düsteren Zukunft. Wenn man ja diesen zeitweiligen Leicht-Sinn nicht hätte, könnte man auch sonst die Last nicht tragen, die uns erlesenen Pechvögeln von Zeitgenossen aufgebürdet worden ist.

Noch scheint der geschlossen charakteristische Ausdruck für ein Pressefest nicht endgültig geprägt zu sein. Gegenüber der vorjährigen Veranstaltung indessen war der Samstagabend mit seinem guttragenden und ausbaufähigen Grundgedanken ein gewaltiger Fortschritt. Wenn in der Folge zu dem Mummenschanz eine spezifische Betonung der beruflichen Tätigkeit, etwa in der Form einer literaischen oder satirischen Zeitungsgabe, hinzutritt, wird sich das Gesicht der Veranstaltung geistiger d. h. hier ausgesprochen journalistischer modellieren und damit seine gleichgerichtete Wirkung auf die Gäste und ihre Zusammensetzung sicherlich nicht verfehlen. Ein hübscher, seit Jahren geübter Brauch beim Berliner Presseball wäre für Karlsruhe gleichfalls nicht übel. Dort stiftet seit Jahren ein die Wirkung der Reklame kundig einschätzender Fabrikant jeweils für die Damen ein Schokoladegeschenk. (Wissen Sie einen, so schicken Sie ihm diese Zeitung blauangestrichen!) Es scheint vielleicht ferner erwägenswert, die bildenden Künstler zur Mitwirkung zu gewinnen. Diesmal mußte die gesamte Szenerie und Ausschmückung der Theatermaler Emil Burkard allein übernehmen. Der vortreffliche Künstler hat die ungeheuerliche Arbeit sehr schön und wirkungsvoll getan. Neben dem großen Aufbau von Stambul mit dem geschickten Prosenium verdient die Dekorierung des kleinen Saales helles Lob. Hier muß auch der lebhafteste Dank an das Landestheater ausgesprochen werden. Es hat, unbeschadet vergangener und künftiger kritischer Fehden, in entgegenkommendster Weise Leihgaben gewährt, deren Beschaffung sonst unerschwinglich gewesen wäre.

In sämtlichen Räumen wogte die bunte Menge, die alles gelassen hinnimmt, als käme solches von selber. Welche gedankliche und werktätige Arbeit von den erschöpft irgendwo am Pressetisch sitzenden Kommissionsmitgliedern und dem geplagten Vorstand seit Wochen so nebenher geleistet werden mußte, weiß nur, wer selbst mal irgend eine Festordnung hat treffen müssen. So sah ich beispielsweise abgehetzt und der Auflösung nahe den Morgenlandfahrer Karl Stark. Er hat eine köstliche Janitscharenmusik, einen beachtlichen weststöstlichen Frauenflor, die Großen und Kleinen des ottomanischen Reiches, eine Tänzerinnenschar und ein paar Solonummern und -Gruppen in sachgemäßer Wirkung und in gewandt geformtem Programm ins Leben gerufen. Alles gelang vortrefflich. Neben den Damen Weber, von Fabeck, Curjel und Bourgeau, dem Koranleser Lindemann, dem Gebetssänger Hölzer muß sämtlichen, sehr zahlreichen Mitwirkenden eine herzliche Gesamtanerkennung ausgesprochen werden. Die mitwirkenden zünftigen Zeitungsmänner bleiben anonym. Sie sind gewohnt, daß man mit ihnen kein Wesens macht. Man findet sie eigentlich nur, wenn man aus selbstsüchtigen Gründen sie sucht. . .

Es ist doch recht komisch in der Welt. Man hört nur Klagen, doch sieht man näher zu, so ist man stets nur selber der arme Teufel u. andere scheinen nichts von der Not der Zeit zu wissen! So glaubte ich, daß nicht fünfzig neue, für den Tag erstandene Kostüme zu sehen sein würden. In Wirklichkeit waren es viele Hunderte, darunter sehr geschmackvolle, stilgemäße und echte. Trotz klug bemessener Kartenausgabe war die Festhalle zunächst in den Hauptträumen wieder so überfüllt, daß ein individueller Festbetrieb sich nicht recht entwickeln konnte. Auch im kleinen Saal nicht. Ueberall schob man sich mit dem von selbst auf die Lippen kommenden Wortwitz vom Presse-Ball endlos aneinander vorbei u. — wartete, daß der Andere was zur Stimmung beitrage! Das aus Berichten wie dem heutigen bekannte „ganz Karlsruhe" war in der Tat da. Offizielle Vertreter der Regierung zwar sind im letzten Augenblick durch Sitzungen über den nun auch bei uns ausgebrochenen Eisenbahnerstreik abgehalten worden. Gegen Mitternacht sprach sich die verhängnisschwangere Wendung, die einem Süddeutschen noch besonders die Schamröte ins Gesicht treiben muß, herum. Man sieht, so schicksalgeladen ist unsere Zeit, daß nicht einmal die Wohltätigkeitsveranstaltung einer wahrhaft nicht vergnügungssüchtigen und geldüberfließenden Berufsgruppe wie die der Journalisten ablaufen kann, ohne daß das deutsche Verhängnis einen lichten Abend in das Dunkel zurückjage. Derartiges konnte man sich früher nicht einmal vorstellen! Es denken Ihnen gewiß noch die Rosenmontagsabende gesellschaftlich kleinen Ausmaßes im Eckschmitt und im Friedrichshof.

Der Ihrigste

Jukundus Bruttler.

Im Volkston.

Mein Schatz hat mich verlassen
Und ich liebt' ihn so sehr,
Noch will's mein Herz nicht fassen
Und schlägt so trüb und schwer.

Er lockte mich mit Küssen,
Ich glaubt' an seine Treu
Und muß dafür jetzt büßen —
Wie flog mein Glück vorbei!

Nur Schmerz und Schmach mir blieben,
Da er mich ließ allein,
Und doch muß ich ihn lieben,
Ach, könnt ich bei ihm sein!

Die Welt möcht' ich durchfragen,
Wohin er mir entwich,
Um wieder ihm zu sagen:
Ich liebe dich.

Hans Drollinger.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Einzelberichte über den Streik.

Berlin, 5. Febr. Die Streiklage in Berlin ist im wesentlichen unverändert. Durch den Streik in den Berliner Gas- und Elektrizitätswerken ist eine große Anzahl von Bahnhöfen ohne Licht. Auch die Wasserstationen der Bahnhöfe werden teilweise durch den Streik in den Wasserwerken in Mitleidenschaft gezogen. Der Notbetrieb ist weiter ausgebaut worden. Sämtliche von Berlin ausgehenden Strecken werden mindestens notdürftig bedient.

Aus den Büros des Eisenbahnzentralamtes und der Eisenbahndirektion Berlin wurden nahezu 350 Beamte jeden Dienstgrades in den Außendienst gestellt.

Breslau, 6. Febr. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Die Streiklage ist unverändert, die zur Verfügung stehenden Blockführer sind nunmehr auf die einzelnen Landesknotenpunkte verteilt, so daß auch im Güterverkehr ein ausreichender Notbetrieb gesichert ist.

Frankfurt a. M., 5. Febr. In der allgemeinen Streiklage ist eine gewisse Besserung eingetreten. In Gießen ist sämtliches Personal mit Ausnahme des Lokomotivpersonals zum Dienst erschienen. Es ist gelungen, den Notbetrieb im Bezirke in erhöhtem Maße in Gang zu bringen. Die Generaldirektion hat in einem Anschlag alle Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich bis Dienstag wieder zur Arbeit einzufinden, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten. Das gegen die streikenden Beamten eingeleitete Disziplinarverfahren nimmt seinen Fortgang.

Dresden, 5. Febr. Die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, hat folgenden Beschluß gefaßt: Mit Rücksicht auf den Aufruf der drei großen Spitzenorganisationen sieht sich die Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, Landesverband Sachsen, außerstande, ihre Mitglieder zum Streik aufzurufen. Die Mitglieder werden daher erneut ersucht, ihren Dienst nach wie vor erneut zu versehen.

Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten in Berlin.

Berlin, 6. Febr. Wie gestern berichtet, hatten die Funktionäre der städt. Arbeiter und Angestellten am Freitag abend den Streik beschlossen. Ueber den Beginn des Streikes sollte noch entschieden werden. Offenbar verhetzt durch die streikenden Eisenbahner sind nun die Arbeiter und Angestellten am Samstag in Streik getreten. Die Berliner Bevölkerung befindet sich dadurch in einer sehr mißlichen Lage. Die Gas- und Elektrizitätslieferung setzt teilweise aus. Die Straßenbahnen liegen still; infolge des Eisenbahnerstreiks funktioniert auch der Vorortverkehr nur mangelhaft. Die Streikenden sind in den Streik getreten ohne Rücksicht auf die große Not, von der besonders die ärmere Bevölkerung der Stadt, Kranke und Kinder bedroht werden.

Sonntag morgen wurde die Licht- und Kraftversorgung sowie die Wasserversorgung eingestellt. Die Versorgung mit Gas wurde auf ein Minimum eingeschränkt. Die elektrischen Straßenbahnen hatten bereits Samstag abend um 10 Uhr den Betrieb eingestellt. Von sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln verkehren nur noch die Hoch- und Untergrundbahn, die über eigene Kraftanlagen verfügen, und die Autoomnibusse.

Die städtischen Werke besitzen nur noch Kohlenvorräte für einige Tage. In einigen Fabriken sowie in einigen Bäckereien hat die Kohlenknappheit bereits die Einführung der Kurzarbeit notwendig gemacht.

In den Wasserwerken hat die Technische Nothilfe die Arbeit aufgenommen.

Durch Anschlag werden die streikenden Arbeiter und Angestellten aufgefordert, ihren Dienst wieder anzutreten. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, hat sich als entlassen zu betrachten.

Generalstreikhetze.

Berlin, 6. Febr. Die Notlage wird von radikalen Elementen zur Hetze zum Generalstreik ausgenutzt.

Der Hauptvorstand des Bundes der Handwerker hat als Abwehrmaßnahme gegen die von radikaler Seite eingeleitete Generalstreikspropaganda den Beschluß gefaßt, für den Fall des Aufrufs des Generalstreiks in Berlin sämtliche Handwerksbetriebe, auch die der Nahrungsmittelbetriebe, zu schließen.

In einem Erlaß des Polizeipräsidenten heißt es, daß nach Mitteilung der berufenen gewerkschaftlichen Kreise bereits versucht wurde, die Streiklage von linksradikaler Seite politisch auszunutzen. Der Polizeipräsident erwartet, daß die besonnenen Teile der Berliner Arbeiterschaft alles daran setzen werden, dem unverantwortlichen Treiben Einzelner ein Ziel zu setzen. Sollte trotzdem versucht werden, die öffentliche Ruhe und Ordnung gewaltsam zu stören, so sei die Polizei genügend vorbereitet, nur Versuche im Keim zu ersticken.

Aus Baden

t. **Schwetzingen**, 5. Febr. Wegen Betrugs ist der Inhaber der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft verhaftet worden. Er hatte seine Angestellte nicht nur nicht bezahlt, sondern die von ihnen gestellte Kaution verbraucht.

t. **Mannheim**, 5. Febr. Der Stadtrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses auf der Schafweide entlang der O.E.G.-Bahn und der Langen Rötterstraße 201 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 33,6 Millionen Mark zu errichten.

w. **Gaggenau**, 5. Febr. Regen und Sturm haben viel Wasser gebracht. Die Murg ging gestern so hoch, daß man Hochwasser befürchtet. Mittlerweile ist es kälter geworden, so daß Schneeschmelze und Wasser zurückgingen.

w. **Gaggenau**, 5. Febr. Für die kürzlich in Rotenfels durch Brandunglück so schwer betroffenen zwei Familien brachten die Arbeiter der Eisenwerke durch Sammlung 4955 M zusammen.

t. **Ringsheim** bei Lahr, 5. Febr. In der Nacht zum letzten Donnerstag wurden die Landwirtseheleute Josef Bosch von zwei Räubern überfallen, die Masken vor dem Gesicht trugen und nach Ueberwältigung des Ehepaars 1000 M raubten. Da die Eheleute den Räubern die Masken vom Gesicht reißen konnten, sind diese als der 32jährige Konrad Witt, ein Verwandter der Ueberfallenen, und als der 22jährige Gärtner Paul Till erkannt worden.

t. **Freiburg**, 5. Febr. Etwa 80 Firmen wurden die Lagerplätze auf dem Güterbahnhof gekündigt, weil die Firmen sich geweigert hatten, die von den Reichseisenbahnen erhöhten Pachtsätze zu bezahlen. — Der Bürgerausschuß hat der Stadtratsvorlage über die Erschließung eines großen Industriegeländes mit einem Kostenaufwand von 2 265 000 M einstimmig zugestimmt. Das Gelände liegt in der Nähe des früheren Exerzierplatzes.

t. **Säckingen**, 5. Febr. Die in den letzten Tagen hier tagende Kommission zur Besprechung der Ausnützung der Oberrheinwasserkräfte hat auch zu dem seit längerer Zeit erörterten Projekt eines Kraftwerkes bei Niederschwörstadt Stellung genommen. Dabei haben die schweizerischen Vertreter ihre Zustimmung gegeben, daß das Kraftwerk ganz auf die badische Seite zu stehen kommt.

Aus Nachbarländern

w. **Horb**, 4. Febr. Der Neckar ist gestern abend infolge des ständig niedergehenden Regens und der Schneeschmelze über die Ufer getreten.

Aus dem Stadtkreise

Der Eisenbahnerstreik.

Seit Sonntag nachmittag ruht der gesamte badische Eisenbahnverkehr. Die Lokomotivführer hatten am Samstag nachmittag beschlossen, um Mitternacht in den Streik zu treten, und diesem Beschluß haben sich, wie gemeldet, die Weichenwärter angeschlossen. In der Nacht zum Sonntag, wie auch am Sonntag vormittag wurden noch einige wenige Züge gefahren, dann aber trat auf den Bahnhöfen Verkehrsruhe ein.

Das Ministerium des Innern hat eine Bekanntmachung erlassen, die in den größeren Städten angeschlagen wird, und lautet:

„Ein Teil der badischen Eisenbahner hat sich dem Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter angeschlossen. Damit ist der regelmäßige Verkehr der Eisenbahnen auch im Lande Baden unterbunden. Aufgabe der Staatsverwaltung ist es, dafür zu sorgen, daß die lebenswichtigen Transporte, Milch- und Lebensmittelzüge, Arbeiterfahrgelegenheit und Kohlentransporte, ungehindert durchgeführt werden können. Zu diesem Zwecke wird ein Notfahrtbetrieb eingerichtet. Zum Schutze dieses Betriebes werden die großen Bahnhöfe des Landes für den allgemeinen Verkehr gesperrt.

Es wird ersucht, sich den Anordnungen der Polizeiorgane willig zu fügen. Die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen sind im vollen Umfang getroffen."

*

Streik und Pressefest. Ein großer Teil der auswärtigen Besucher des am Samstag abend hier abgehaltenen Pressefestes konnte mit der Bahn nicht mehr nach Hause kommen und mußte die Heimfahrt durch Auto bewerkstelligen.

Preistreiberei. In der Zeit von Anfang November 1921 bis Ende Januar 1922 wurden durch die hiesigen Gerichte 32 Personen wegen Preistreiberei, unerlaubten Handels sowie Vergehens gegen die Vorschriften über die Fleisch-, Milch-, Brot- und Kartoffelversorgung mit Geld von 50 bis 1000 Mk. und 3 Tagen bis 6 Monaten Gefängnis rechtskräftig bestraft.

Eine zweistündige Betriebsstörung der elektr. Straßenbahn entstand am Samstag abend dadurch, daß in der Ettlinger Straße bei der Nebeniusstraße ein Oberleitungsdraht brach. Eine weitere Störung wurde dadurch verursacht, daß ein Pferd an der Waldhornstraße so stürzte, daß beide Gleise eine Weile gesperrt waren.

Taschendiebstahl. Der Ehefrau eines Bahnarbeiters wurden am Samstag nachmittag durch unbekannten Täter in einem hiesigen Kaufhaus aus ihrer Handtasche 1000 Mk., bestehend aus 10 neuen Einhundertmarkscheinen gestohlen.

Veranstaltungen.

Der deutsche Abend, den der Verein für das Deutschtum im Auslande zugunsten der deutschen Schulen in Grenz und Ausland am Mittwoch, 8. Februar, abends ½8 Uhr, in der Eintracht veranstaltet, ist in seinem künstlerischen Teile der Leitung des Oberregisseurs Felix Baumbach unterstellt und verspricht ein Programm, das eine starke Anziehungskraft ausüben dürfte. Einem einheitlichen, künstlerischen Gedanken folgend, wird der Abend dem deutschen Volkslied gewidmet sein. Das deutsche Volkslied in Ton, Wort, Tanz und Spiel ist das Geleitwort. Ein Kinderchor unter Herrn Lechners Leitung, singt alte Weisen, Tanzreigen, nach frühdeutschen Reigenliedern in gotischem Rahmen werden alte Marienlieder erklingen. Dazwischen kommt die Laute als Begleitinstrument zu altdeutschen Weisen zu Recht. Trink- und Vagantenlieder wurden gebunden zu humoristischen Szenen, und als ganz besondere Gabe erlebt man zum Abschluß die Uraufführung eines kleinen Werkes, das sich „Finden und Meiden", ein Volksliedsingspiel in zwei Aufzügen bezeichnet. Das Spiel ist verfaßt von Felix Baumbach. Die musikalische Ausgestaltung und die orchestrale Behandlung der Volksweisen stammt von Prof. H. K. Schmid, der als Dirigent selbst das Werk aus der Taufe heben wird.

Bunte Chronik.

Große Messingschiebungen. In der Simsonschen Porzellanfabrik in Ostfeld bei Gotha sind Messingteile im Wert von sieben Millionen Mark beschlagnahmt worden. Es handelt sich angeblich um Metallschiebungen von Reichsgut. Im ganzen sollen 14 Waggonladungen Granatzünder verschoben worden sein.

Verurteilte Erpresser. Der Herausgeber des Berliner Sensationsblattes „Neueste Nachrichten", Arthur Keil, und der Detektiv-Volontär Max Lewandowski, wurden vom Schöffengericht wegen Erpressung zu einem Jahr bezw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. Keil beabsichtigte, einen Sensationsartikel gegen einen Bankier zu veröffentlichen und ließ diesem durch Lewandowski mitteilen, daß die Veröffentlichung unterbleiben werde, wenn der Bankier 2000 Mk. für die entstandenen Kosten ersetze. Es kam darauf eine Zusammenkunft Keils mit dem Bankier zustande, bei der ein Kriminalkommissar als ungesehener Zeuge die Unterhaltung mit anhörte.

Vom Wetter

Die schroffen Wettergegensätze, die am Samstag bestanden, sind noch am Nachmittag des gleichen Tages ausgeglichen worden. Mit dem Einbruch nördlicher Winde hat sich der Kältestrom bis zu den Alpen herübergegossen. Gleichzeitig sind viele starke Schneefälle vorgekommen. Als es dann unter Einwirkung des starken Druckes zur Aufheiterung kam, trat schnell starke Wärmeausstrahlung ein, und die Temperaturen sanken selbst in der Ebene bis zu — 16 Grad. Auch heute hält die Kälte noch an, doch ist mit einer Abnahme in der nächsten Zeit zu rechnen.

Wetteraussichten für Montag, 6. Februar: Vorübergehend noch heiter, geringe Bewölkungszunahme und langsame Abnahme des Frostes.

Tagesanzeiger.

Montag, den 6. Februar 1922.

Landestheater. „Freund Heißsporn". 7 Uhr.
Konzerthaus. Badische Lichtspiele. 6 und 8 Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Weltpanorama. Gebirgstour in Arizona.
Museumsgesellschaft. Konzert. 6 Uhr.
Circus Busch. Vorstellung 8 Uhr.

Stellengesuche haben stets einen guten Erfolg im Karlsruher Tagblatt

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die Weltwirtschaftslage.

Inflation, Deflation, Arbeiterlöhne, Steuern.

Der ehemalige englische Schatzkanzler und jetzige Präsident der London Joint City and Midland Bank Ltd. Mac Kenna hat auf der in der vergangenen Woche abgehaltenen Generalversammlung des Unternehmens beachtenswerte Ausführungen gemacht, die die allgemeinwirtschaftlichen Probleme behandeln. Wir haben bereits kurz darüber berichtet und lassen nachstehend Ausführlicheres folgen.

Mac Kenna führte aus, daß die hohen Preise, die schon vor zwei Jahren in die Erscheinung traten, eine Folge der Inflation des Geldes und des Kredits durch die großen Anleihereparationen der Regierung während des Krieges waren. Jener Inflation folgte die Deflation, die England mit allen Folgen selbst zu spüren bekam. Beide Erscheinungen führten zu einem fortgesetzten Wechsel zwischen Inflation und Deflation. Die Handelskreise, die die Hilfe der Banken benötigen, sind sehr empfänglich für alle Gründe, die sich gegen teures Geld und Kreditbeschränkung, also die Hauptmittel der Deflationspolitik, richten. Fallende Preise bringen Gewinnverluste, Handelsdepression und Arbeitslosigkeit, andererseits leidet das Publikum sehr unter den hohen Preisen und wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Inflation. Die Rettung liegt aber in der Stabilität der Preise. Nur auf ihr kann ein Handel sich aufbauen, der sich auf gegenseitiges Vertrauen gründet. Inflation erhöht die Preise, Deflation erzeugt Arbeitslosigkeit. Hohe Preise bedingen niedrigen Stand der auswärtigen Wechselkurse und die Entwertung trifft in erster Linie diejenigen Währungen, die von der Inflation am meisten betroffen werden.

Obwohl Großbritannien und Amerika sehr reich sind und den größten Teil des Welthandels in Händen haben, finden wir gerade bei ihnen die größte Arbeitslosigkeit, da bei ihnen die Deflationspolitik am konsequentesten angewendet worden ist.

England hängt so sehr von seinem auswärtigen Handel ab, daß die Auslandsverhältnisse besonderer Beachtung bedürfen. Zu ihnen gesellen sich die Bedingungen unserer Arbeit, die die Produktionskosten bestimmen und die steuerliche Belastung, die die produktive englische Bevölkerung zu tragen hat. Die industriellen und Transportverhältnisse der Neuzeit haben alle Länder in so enge Beziehungen gebracht, daß jedes einzelne einen Bestandteil der internationalen Handelswelt ausmacht. Ein Land kann nicht verarmen, seine Konsum- und Produktionsfähigkeit kann nicht zerstört werden, ohne daß auch die anderen darunter leiden und die ganze Welthandelsmaschine defekt wird. Rußlands Bedürfnisse stehen in engem Zusammenhang mit dem englischen östlichen Markt (Baumwolle), die Vereinigten Staaten treten in diesen Interessenkreis und beeinträchtigen damit Englands gesamtes Schiffahrts-, Bank- und Versicherungswesen.

Eine wesentliche Voraussetzung für Europas Wiederherstellung ist die vernünftige Beschränkung der deutschen Reparationszahlungen. Dieses Problem sollte im Interesse des Wiederaufbaus der Welt vom rein wirtschaftlichen Standpunkt behandelt werden. Eine Schuldsumme kann nicht in der Währung des Schuldners bezahlt werden, wenn nicht die Zahlung in Gold erfolgt. Gold ist rar. Soll Deutschland periodisch große Summen an die Reparationskommission abführen, so muß es während dieser ganzen Zeit Waren in einer Menge ausführen, deren Wert die Schuldverpflichtungen übersteigt.

Handelte es sich nur darum, so wären die Schwierigkeiten noch nicht so groß. Aber ein Industrieland kann keine große Ausfuhr durchführen, ohne entsprechende Einfuhr. Nur durch Ausfuhrüberschuß kann bezahlt werden, und dieser wird niemals ausreichen, um die Forderungen der Alliierten zu befriedigen.

Es bleibt also der alleinige Ausweg über die Notenpresse mit allen seinen bekannten Folgen.

England wünscht die Reparation selbst schon aus egoistischen Gründen, hat es aber, wie jetzt, mehr Schaden wie Nutzen davon, dann tut es besser, darauf zu verzichten. Deutschland kann nur ausführen, wenn es seine Rivalen auf dem Weltmarkt unterbietet. Billige Produktion verlangt, den Preis der Arbeit herabzudrücken, die Mark muß so weit entwertet werden, daß stets eine fühlbare Differenz zwischen Deutschlands Inlands- und den Weltmarktspreisen bestehen bleibt.

Dieser deutsche Wettbewerb zu Preisen, die viel niedriger sind als es Englands Leistungsfähigkeit entspricht, ist eine der Hauptursachen der Depression und der immer weiter um sich greifenden englischen Arbeitslosigkeit in den letzten 12 Monaten. Die Wirkungen strahlen über England hinaus und machen sich durch die Entwertung der Mark auf dem ganzen Weltmarkt bemerkbar.

In allen Ländern wurde Kapital investiert, der Handel organisiert, Millionen von Arbeitskräften haben ihre tägliche Beschäftigung darin gefunden, die Erfordernisse des auswärtigen und einheimischen Handels auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage zu beschaffen. Muß ein Land einen riesenhaften Export leisten, dessen Waren die Märkte der Welt überschwemmen, so führt das zu heftigster Erschütterung der Handelsbilanz aller Länder.

Der deutsche Wettbewerb hat denn auch dazu geführt, daß die englischen Produktionspreise künstlich niedrig gehalten wurden und die Erzeugung infolgedessen auf allen Gebieten eingeschränkt worden ist. Das ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, denn die Folge dieser Beschränkung ist, daß in Zukunft viel mehr Arbeiter zur Herstellung einer bestimmten Produktionsmenge benötigt werden als vorher bei normaler Erzeugung. Die Folge sind höhere Produktionskosten und weitere Herabsetzung der englischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem deutschen Export. Die weitere Folge sind Erhöhung aller Lebenskosten, also Verminderung des Reallohns. Man darf nicht Lohnerhöhung mit Produktionsbeschränkung verwechseln. Dort sucht sich der Arbeiter einen möglichst großen Anteil an dem durch Kapital und Arbeit geschaffenen Gesamtverdienst zu sichern, hier wird versucht, die Zahl der Leute zu vermehren, unter die die Gesamtlohnsumme der Produktion zu verteilen ist. Man sieht nicht, daß dies eine Folge der Produktionsbeschränkung ist, da die Geldlöhne ja zumeist keine Verminderung erfahren. Merkt man es aber, dann sucht man die Gründe nicht in der Verteuerung der Arbeitskosten.

Das Beispiel ist doch sehr einfach. Wenn an einer Maschine, die bisher zwei Mann bedienten, jetzt drei Mann beschäftigt werden, so ist der Unternehmer gezwungen, seine Verkaufspreise zu erhöhen. Er verliert dadurch das billiger produzierende Ausland und wird über kurz oder lang seinen Betrieb still legen müssen. So leidet die Gesamtheit der Arbeiter daran, daß nur ein paar Mann zuviel beschäftigt und entlohnt werden müssen.

Die englische Wirtschaftsdepression hat aber eine weitere Ursache in den Steuern. Es gibt eine Höchstbesteuerungsgrenze, jenseits der vermehrte Produktionsanstrengungen nicht mehr gemacht und neues Kapital nicht mehr riskiert werden, wenn durch die Steuerbehörden einer vermehrten Kapital- und Arbeitsanlage kein genügender Spielraum gelassen wird. Die englische Steuerlast hat ihre Höchstgrenze erreicht, z. T. sogar bedenklich überschritten.

Mac Kenna sagt dann wörtlich:

Eine wachsende Geschäftstätigkeit ist immer und überall die Voraussetzung des Fortschritts. Wenn jedes Jahr der größte Teil der Ersparnisse und Gewinne durch die Steuern konfisziert wird, so wird unser geschäftlicher Nachwuchs der Mittel zur Ausdehnung des Geschäfts beraubt. Neue Anlagen können nicht erstellt, neue Vorräte nicht gekauft werden, das Wachstum wird unmöglich; Geschäftsstillstand bedeutet aber Zusammenbruch.

Es gibt, so schließt Mac Kenna seine Ausführungen, in der Lage Englands nur ein Hilfsmittel: Einschränkung der Ausgaben und Sparsamkeit im öffentlichen und privaten Leben. Sie ist die zwingendste nationale Notwendigkeit.

Man wird als Deutscher diese Rede mit besonderem Interesse und nicht ohne die Erkenntnis lesen, daß jedes Wort dieses englischen Wirtschaftspolitikers auch von einem deutschen Manne hätte gesprochen werden können. Zweck und Inhalt der Rede zeigen uns, wie es drüben steht. Möge die Welt daraus lernen und die Schlußfolgerungen daraus ziehen, die ihr Gesundung bringen. Dann wird sie auch uns in die Lage setzen, den Verpflichtungen nachzukommen, die uns durch das Diktat der Sieger auferlegt sind.

Börse – Handel – Industrie – Gewerbe

Industrien.

Zuckerfabrik Frankenthal. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den vorletzten Rechnungsabschluß 1920/21, sowie die vorgeschlagene Gewinnverteilung, wonach eine sofort zahlbare Dividende von 25 Prozent auf die Stammaktien und 7 Prozent auf die Vorzugsaktien zur Verteilung gelangt. —ie satzungsgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder wurden sämtlich wiedergewählt.

Märkte.

Schweinemarkt in Durlach am 4. Februar. Der Markt war befahren mit 105 Läuferschweinen und 215 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 105 Läuferschweine und 200 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 700—1000 M., Ferkelschweine 300—500 M.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Hie König, hie Reichsverweser.

(Von unserem Budapester Berichterstatter.)

Budapest, 28. Januar.

In der ungarischen Nationalversammlung haben sich vor einigen Tagen ungewohnte und sogar beispiellose Vorgänge abgespielt. Der Präsident der legislativen Körperschaft, kraft seines Amtes Betreuer der Würde des von der Bevölkerung gewählten geehrten Hauses, mischte sich während einer Pause in den Wortwechsel einiger Abgeordneten ein, stieß einen Landesvater (wie die ungarischen Deputierten manchmal spöttisch genannt werden) mit den Fäusten zurück und griff, da er sich bedroht glaubte, in seine Hosentasche nach einem Revolver, was von seinen Widersachern mit gleichem vergolten wurde. Daß es nicht zum Abdrücken der Schußwaffen kam, ändert durchaus nichts an der bedauerlichen und dem Ansehen der Legislative Abbruch tuenden Tatsache, daß im Parlamente Wildwestsitten um sich gegriffen haben. Die ritterliche Seite der Angelegenheit wurde mittels einiger Zweikämpfe erledigt, der Präsident dankte ab, wird aber wohl wiedergewählt. Damit ist jedoch die Sache nicht abgetan.

Nicht als Entschuldigung, wohl aber als Erklärung dieser Vorfälle möge die kurze Schilderung des Zustandes dienen, worin sich Ungarn gegenwärtig befindet. Einem deutschen Leserkreise, der infolge der angeborenen und anerzogenen Denkungsart an eine sachliche Beurteilung fremder Verhältnisse gewohnt ist, muß eigentlich nicht näher erläutert werden, weshalb die Gemüter in Ungarn durchaus nicht zur Beruhigung kommen wollen und können. Der leidige Friedensvertrag von Trianon, der die Zerstückelung des Landes für absehbare Zeiten (aber hoffentlich nicht für immer!) sanktioniert hat, tat noch ein übriges, er spaltete Ungarn in Parteien, die, wenn auch von durchaus patriotischen Absichten beseelt, das Land an den Rand des Verderbens brachten. Ein ausführlicher Rückblick auf die Ereignisse der letzten Jahre, der uns auf diesem beschränkten Raume versagt bleibt, ließe den moralischen Verfall Ungarns wohl als die Schuld der Entente erkennen; die auch hier nach dem tiefen Werte von Goethe handelte: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein, denn alle Schuld rächt sich auf Erden." Die Karolyi-Revolution während des Zusammenbruches und unmittelbar darauf, machte das Land wehrlos und überlieferte es, wie sich nachträglich erwiesen hat, der Gier seiner Nachbarn. Dann kam die Räterepublik, deren unmittelbare Ursache ein Befehl der Entente war, weitere ungarische Gebiete zu räumen. In den ersten Wochen schloß sich ein großer Teil der Bevölkerung in seiner patriotischen Verzweiflung den Kommunisten an. Da aber deren Führer bald die Masken fallen ließen und sich als Gewalthaber der Gewalt halber entpuppten, erwachte das Land aus dem bösen Traum und befreite sich, nicht ohne Hilfe der natürlich feindlich gesinnten Rumänen. Jedenfall war auch die Kommune in Ungarn, und dies soll niemals vergessen werden, eine Schuld der Entente. Die seit dem Sturze der Räterepublik am Körper Ungarns eiternden Wunden schienen wohl manchmal geheilt, aber nach kurz oder lang brach der Eiter wieder an anderen Stellen auf.

An diesem Eiter krankt Ungarn noch heute. Die letzte Stelle, an der er zum Vorschein kam, war das Haus der Gesetzgebung. Der Einzelfall scheint beschwichtigt, aber das Land siecht weiter. Gegenwärtig heißt eigentlich die große Krankheit: Kampf zwischen Legitimismus und Antilegitimismus. Dieser Kampf ist ungerechterweise die Lebensfrage Ungarns geworden. Und doch ist Ungarns Schicksalsfrage nicht der Kampf, sondern der Friede. Seltsamer Weise machen die einsichtigsten Patrioten vom Ausgange dieses Kampfes Sein oder Nichtsein des Landes abhängig. Beide Parteien handeln im besten Glauben, verfolgen aber ihren Zweck mit Mitteln, die nicht immer geheiligt sind.

Wenn man von den Deutungen absieht, die den Nuancen der Königsfrage von beiden gegnerischen Teilen zuteil werden, ergibt sich ungefähr (ich sage, ungefähr, denn genaues wissen die Wenigsten) folgendes Bild:

König Karl der Vierte, der Habsburger, ist bis vor wenigen Monaten von fast allen Ungarn als der rechtmäßige König des Landes anerkannt worden. Diesbezüglich bestand zwischen allen Parteien (es gab deren bei einer Anzahl von 219 Abgeordneten ungefähr zehn) das Kompromiß, daß der im Jahre 1920 mit größter Stimmenmehrheit gewählte Reichsverweser Admiral von Horthy als Platzhalter für den König anzusehen wäre. Selbst nach dem ersten sogenannten Königsputsch zu Ostern 1921, hieß es noch immer so. Seither scheint jedoch in der Umgebung des Reichsverwesers, bei der Regierung und sogar bei dem von oppositionellen Abgeordneten sogenannten Nebenregierungen die Einsicht um sich gegriffen zu haben, daß eine baldige Rückkehr des Königs bei den Mitgliedern der kleinen Entente auf solchen Widerstand stieße, daß selbst der jetzigen abhängigen Unabhängigkeit des Landes die allergrößte Gefahr drohte. Die Anhänger des Königs hielten hingegen den Zeitpunkt für die neuerliche Rückkehr König Karls für gekommen. Ende Oktober vorigen Jahres — man erinnert sich der Ereignisse — traf der König mit seiner Gemahlin auf einem Flugzeug in Westungarn ein, wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüßt, zog gegen Budapest, zögerte jedoch, wahrscheinlich um einem Blutvergießen vorzubeugen, in die Stadt einzuziehen, was er, wie sich nachträglich herausstellte, eigentlich ohne Widerstand zu finden, hätte tun können. Seine Gefangennahme, Wegführung, Internierung, Verbannung nach Madeira — die Verhaftung und vielwöchige Gefangenschaft seiner Ratgeber waren die Episoden des kläglich gescheiterten Versuchs, den legitimen König in seiner Residenz einzusetzen. König Karl war auf Drängen der Entente gesetzlich entthront. Aber wohlgemerkt, Karl und seine Nachkommen, nicht alle Habsburger.

Die Anhänger Karls — unter ihnen so angesehene Staatsmänner wie Graf Julius Andrassy und Dr. Gustav Gratz — nahmen sofort nach ihrer zu Weihnachten erfolgten Enthaftung den Kampf gegen das gegenwärtige Regime auf. Sie behaupten, die Regierung hätte das Land durch die Entthronisierung vollständig der Botmäßigkeit der Entente und eigentlich der kleinen Entente unterstellt. Sie glauben, König Karl, — der noch immer den seinerzeit geleisteten Schwur hochhält, das Land in seinem bisherigen Umfange zu erhalten — wäre als Träger der heiligen ungarischen Krone für alle auf den Gebieten der Nachfolgestaaten lebenden Ungarn ein Magnet gewesen. Die kleine Entente hätte es, aus Furcht vor den im Innern ihrer Länder drohenden Unruhen, wahrscheinlich unterlassen, in Ungarn einzumarschieren. Für lange wäre die Gelegenheit, Ungarns frühere Grenzen wieder herzustellen, versäumt. Die Regierung hinwieder vertritt den Glauben, Karls Abenteuer hätte der kleinen Entente den Vorwand geboten, Rumpfungarn zu besetzen und unter sich aufzuteilen.

Wer vermöchte zu wissen, wie es gekommen wäre? Die leidenschaftliche Parlamentsdebatte, in deren Verlauf immerhin Worte fallen, die vieles zur Klärung und Reinigung der politischen Atmosphäre beitragen, war bisher ein Hindernis, die von der Regierung für sechs Monate verlangte Indemnität anzunehmen. Das Land lebt ohne Budget, also im gesetzlosen Zustand. Das Mandat der auf zwei Jahre gewählten Nationalversammlung hört am 16. Februar auf. Bis dahin will die Regierung ein neues, beschränkteres Wahlrecht einführen, mit offener Abstimmung auf dem Flachlande, was, wie die Vergangenheit zeigt, viel Uebergriffe zur Folge hätte. Jeder Tag bringt neue Stürme. Ein Defizit von 37 Milliarden drückt die Arbeitslust. Die Nachbarstaaten halten das Land noch immer unter Sperre. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, dabei die ungarische Krone im Auslande unterbewertet, die Steuerlast erdrückend. Wen darf es da wunder nehmen, daß der Reichsverweser, den man beschuldigt, einen jungen Habsburger namens Albrecht zu protegieren und dessen Macht man neuerdings auf gesetzlichem Wege befristen will, nach Zeugnis eines seiner größten Widersacher vor nicht zu langer Zeit erklärte, er würde sich glücklich schätzen, wenn er seine Würde niederlegen könnte: er möchte heimkehren nach seinem Gute Kenderes, um dort Mais zu hacken. Aber welcher Staat kämpft heute nicht mit schier unüberwindlichen Hindernissen. Immerhin gewährt heute das wirtschaftliche Gesamtbild Ungarns eine bei weitem größere Möglichkeit der Gesundung, als sein Nachbarstaat Oesterreich. Das ungarische Geld ist um das fünfzehnfache besser als die Wiener Banknote, und die letzten zwischenvölkischen Kongresse der Successionsstaaten schienen den Weg einer geebneten Zukunft zu bahnen.

Ein Lichtblick: Der Gesamtwille des ungarischen Volkes hat es vor einigen Wochen durchgesetzt, daß die Entente den von ihr geschaffenen würgenden Trianoner Friedensvertrag selbst durchbrechen mußte und die Volksabstimmung von Oedenburg bewilligte. Man möge in Deutschland vergessen, daß Oesterreich hierdurch eine Stadt nicht erhielt, die ihm niemals gehört hat. Man möge sich in Deutschland mit uns freuen, daß der eiserne Halsring der Friedensverträge endlich irgendwo angebohrt wurde. Uns alle geknechteten Mitteleuropäer, Leidträger des Weltkrieges, Deutsche, Oesterreicher, Ungarn möge die Hoffnung stärken, daß sich dieser Ring, der uns dem Ersticken nahebringt, bald zerbrechen läßt.

Zur Auswanderung nach Nordamerika.

Ueber die gegenwärtigen Aussichten für Deutsche in den Vereinigten Staaten schreibt ein Vertrauensmann dem Deutschen Ausland-Institut:

„Eine häufig aufgeworfene Frage ist: Wäre es ratsam, nach den Vereinigten Staaten von Amerika auszuwandern? Nach meinen Kenntnissen der Lage muß ich ganz entschieden mit ‚nein' antworten, denn ein mittelloser Einwanderer, ganz gleich welcher Rasse, welcher die englische Sprache nicht beherrscht, hat gar keine Aussicht, hier in den Wettbewerb einzutreten, und ein Deutscher mit einigen tausend Mark ist hier mittellos, da die Mark keinen Wert hat. Wir haben zurzeit hier ungefähr fünf bis sechs Millionen Arbeitslose. Schon in normalen Zeiten ist es schwer für einen Ausländer (besonders einen nicht englisch sprechenden), eine Stelle zu finden. Infolge ihrer Unkenntnis der Verhältnisse werden dieselben als Preisdrücker mißbraucht und zu Arbeiten herangezogen, welche die Einheimischen nicht verrichten wollen. Ein sprachunkundiger Deutscher wird hier ungefähr so behandelt, wie vor dem Kriege in Deutschland die Polen, Galizier usw. verwendet wurden, d. h. schwere Arbeit bei schlechter Behandlung und geringem Lohn. In Deutschland kann sich niemand von den hiesigen Verhältnissen eine richtige Vorstellung machen, weil jeder den deutschen Verhältnissen entsprechend kalkuliert. Wenn die Regierung hier 160, 320 oder 640 Acker Land jedem frei als Heimstätte gibt, dann denkt ein tüchtiger und fleißiger Mann in Deutschland, er könnte es bald mit so viel Land zu Wohlstand bringen; tatsächlich jedoch weiß hier jeder, daß das geschenkte Land nicht wert ist, die geringen Gebühren dafür zu zahlen. Weshalb? Nun, alles Land, das einigen Wert hatte, ist schon längst aufgenommen, und das Land, welches jetzt noch zu haben ist, ist Steinwüste und dann noch Hunderte von Meilen von jeglicher Verkehrsstraße entfernt. Es sind Millionen von Acres, aber niemand will es, denn es fehlen eben die Verkehrswege und Verbindungen.

Wenn wir in Deutschland so arbeiten und uns schinden würden, wie wir es hier tun, wir würden dort ein besseres Leben führen. Denn Sonn- und Feiertag kennt die Mehrzahl der Arbeiter hier nicht; es ist kein Unterschied, ob es Weihnachten oder Neujahr ist. Wenn das Wetter günstig ist, laufen die Pflugmaschinen Tag und Nacht, weil die Arbeiter froh sind, daß sie den Taglohn verdienen können und weil sie auch gar nicht wüßten, was sie mit dem Feiertag anfangen sollten: denn amüsieren nach deutschem Sinn gibt es ja gar nicht, kein Tanzlokal, kein Bier, keinen Wein, kein Theater — nur Kinematographen und was für welche! Gemütlichkeit kennen die Leute hier nicht, sie sind nicht mal fähig, dieses Wort zu übersetzen, es gibt keinen englischen Ausdruck dafür.

Ich will jedoch nicht sagen, daß es hier kein Ausländer zu etwas bringen kann, er hat hier dieselben Aussichten wie in seinem Heimatlande — nachdem er englisch kann. Bei harter Arbeit und genügsamer Lebensweise ist es möglich, nach und nach sich herauszuknausern aus der täglichen Tretmühle, doch solange man für Tagelohn arbeiten muß, ist es unmöglich, empor zu kommen, weil der Tagelohn nicht größer ist als die notwendigen Lebenskosten, es heißt also 8 bis 10 Stunden (stellenweise 12 Stunden) für Tagelohn täglich arbeiten und dann noch 4—5 Stunden extra täglich eigene Arbeit tun, und wenn das jemand in Deutschland tut, dann kann er auch vorwärts kommen, besonders wenn er das erworbene Geld nicht für Vergnügungen ausgibt. Ich bin vor 10 Jahren ausgewandert, habe zuerst täglich 10—12 Stunden in der Fabrik gearbeitet, nach Feierabend und des Sonntags Bienenzucht und Gemüsebau betrieben und jeden Cent, den ich ersparen konnte, zur Vergrößerung der Imkerei verwendet (ich fing mit zwei Stöcken an), und heute bin ich so weit, daß ich selbständig bin als Imker.

Auskunftei Bürgel
Inhaber Carl Seippel.
Einzel- u. Abonnementsauskünfte für jedermann.
Wendtstraße 3, III, Telephon 455
Zweigbüro, (für Einzel-Auskünfte) Kaiserstr. 215

Pfannkuch & Co
Teigwaren
Gemüse-Nudeln Pfund Mk. 7.50
Eiernudeln Pfund Mk. 11.50
½ Pfund-Paket Mark 6.50
Heidelbeer-Marmelade als Beilage für Mehlspeisen Pfund Mk. 8.—
Preißelbeeren Pfund Mk. 10.—
Pfannkuch & Co

„Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser,
Pickel
Knötchen, Pusteln usw. Spezialarzt Dr. W." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Die Ausstellungshalle ist gut geheizt!
Circus Busch
Karlsruhe, Ausstellungshalle
Telephon über Rathaus.
Montag abend 8 Uhr
Außerordentl. Vorstellung
des Riesen-Glanzprogramms.
Das Tagesgespräch von Karlsruhe sind die einzig dastehenden Leistungen des Circus Busch
Vorverkauf von Eintrittkarten im Cigarrenhaus Meyle, Markt, und an der Circuskasse.

Amtl. Eil- u. Expreßgut-Zustellung betreffend!
Durch die Aufhebung des seitherigen Badischen Expreßguttarifs am 1. Febr. 1922 tritt eine Aenderung in der **Expreßgut-Zustellung nicht ein.** Eine zwangsweise Zustellung hat bisher überhaupt nicht bestanden.
Wir werden nach wie vor nach bahnseitiger Ueberweisung der ankommenden Güter an uns, dieselben in der bisher gewohnten pünktlichen und gewissenhaften Weise den Empfänger zuführen.
Vollmachten sind nicht erforderlich
Werner & Gärtner,
Amtl. Expreß- u. Eilgutbestätterei d. Reichsbahnen
Telefon Expreß 447, Eilgut 2980, Frachtgut 247.

3 Zimmer
leer, möglichst parterre mit separatem Eingang **für Bürozwecke zu mieten gesucht.** Angebote unter Nr. 9146 ins Tagblattbüro erbeten.

Auf dem Schloßgut Eberstein
bei Gernsbach können zur gründlichen Ausbildung im Wein-, Obst- und Gartenbau (Gemüse und Baumzucht) noch einige Zöglinge in zweijährige Lehre eintreten. Dieselben erhalten Wohnung und Verköstigung. Auskunft gibt die Gutsverwaltung.

Zu vermieten
Ca. 200 **Wohnungen** im Tausch hier u. auswärts, bei schnellster Erledig. nur durch K. W. Lump, Kaiserstr. 42.

Offene Stellen
Suche zum 1. März tüchtige, zuverlässige **Köchin** bei hohem Lohn u. guter Verpflegung. Frau Adolf Huber, Weinhandlung, Achern in Baden.

Männlich
Gesucht für bald oder Ostern kaufm. **Lehrling** guter Schüler, bessere Schule. Ausführl. Angebote mit Alter, Zeugnisabschr. ec. u. Nr. 9150 ins Tagblattbüro erbet.

Empfehlungen
Junger Beamter nimmt schriftliche Heimarbeit jeglicher Art an. Zu erfrag. im Tagblattb.
Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Atelier, Herrenstr. 38

Verkäufe
Neu 3 Wohnzimmer-Buffet billig abzugeben: Adresse im Tagblattbüro zu erfragen.
Sparkoherd neuest. Konstruktion mit Dauersparrost — Platt.-Größe 58 68 cm — 3 Loch à 24 cm schw. ?gebraunt, Beschläg vernickelt, ganz neu, preiswert zu verkaufen. Forschungs-Institut Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 19, 2. St.

Amtliche Eilgut-Bestätterei Werner & Gärtner
Telephonruf für An- und Abfuhr der Eilgüter **2980.**

Kaufgesuche
Wir zahlen
Steinmarder b. 3200 M
Baummarder b. 3500 M
Feldhasen bis 35 M
Cupolianski Zähringerstraße 28. Telephon 1446.

Dienstag u. Mittwoch von 9—6 Uhr werden künstliche Zähne gekauft. p. Zahn 15 u. 20 Mk. **Karlstr. 37 part.** A. Wened.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. G. Meeß, geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21. 2. St.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft K. Möser, Kreuzstraße 20. 2. Stock.

Unterricht
Privater **Weißzeugunterrichts-Kursus** 1—2 mal wöchentlich gesucht. Näheres Kriegstraße 276 III. Zu sprechen nachmittags 1—6 Uhr

Tapeten Reichhaltigste Ausw. niederste Preise. Uebernahme von Tapezierarbeiten. **D. Durand,** Douglasstraße 26. Tel. 2435 b. d. Hauptp.

Nähschule.
Tages- und Abendkurse. Anmeldung jederzeit.
Johanna Baum
akadem. geb. Schneiderin, Kronenstraße 6, 1. Stock

Patentanwalt A. Ohnimus
Karlsruhe, Leopoldstr. 44. Tel. 2052.

Tisch- Bett- Wäsche bearbeitet **Schorpp** Kragen-Wäscherei.

Sanitas-Wurm-Tee u. Tabletten wirk. Wunder, beseit. Blutsaug. u. Schmarotz., d. Totengräb. uns. Gesundh. **Sanitas-Blutreinig.-Tee** rein. Darm u. Säfte, regelt Appet. u. Verdau. P 18.M in der Kronen- u. Stadt-Apotheke Karlsruhe.

Abonnenten berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des Karlsruher Tagblatts.

20 X
1841
Karlsruher Liederkranz.
Die Kartenabgabe zum **Kostümfest** (einschl. d. Tischkarten) findet am Dienstag, den 7. d. Mts., **nicht** von 5—7 sondern abends von **8 – 10 Uhr** im Vereinslokal statt.
Der Vorstand.
Sonntag, den 12. d. Mts., vorm. 11 Uhr, im Vereinslokal fuldisches Frühschoppenkonzert.

Güterbestätterei Eugen v. Steffelin
Prompte Abholung und Zustellung von Expreß-, Eil- u. Frachtgütern sowie Wagenladungen
Frachtgut Teleph. 2 u. 432
Eil- u. Expreßgut Tel. 602

Küchentee. Dauerbrenner d. beste Sparkochofen mit 1 u. 2 Kochstellen, stets heißes Wasser. Große Feuerung; Rost leicht auswechselbar. Billigster Ersatz für Gasheizung; wärmt d. Küche.
Nur zu haben bei
Otto Stoll, Kaiserplatz.
Alleinverkauf für Karlsruhe und Umgebung.

Soeben in zweiter verbesserter Auflage erschienen:
Sprachführer
Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch
für Reisende und Eisenbahnbeamte
von Adolf Hermann, Oberrevisor
neubearb von Otto Gantert, Eisenbahnobersekretär.
Die Auswirkungen des Krieges haben ein gesteigertes Bedürfnis nach Beherrschung von fremden Sprachen mit sich gebracht. Es wird deshalb diese Neuauflage zweifellos eine noch freundlichere Aufnahme finden als die erste.
Preis in starkem Pappeinband 15 Mk.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag:
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.
Karlsruhe i. B., Ritterstraße 1.